

## Die revolutionären Massenaktionen gegen den Krieg in Deutschland, 1916-1918

Ottokar Luban

Die sozialistischen Parteien hatten sich auf dem Kongress der Zweiten Internationale von 1907 in Stuttgart verpflichtet, alle Kräfte einzusetzen, um einen Weltkrieg zu verhindern, und, falls es doch zum Kriegsausbruch kommen sollte, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.<sup>1</sup> Diese Antikriegsresolution war 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel bestätigt worden. Im Gegensatz dazu unterstützten fast alle sozialistischen Parteien der kriegsführenden Mächte ihre Regierungen nicht nur bei Kriegsausbruch, sondern die meisten auch in den Folgejahren.

Gegenüber der lange gepflegten Fachmeinung über die patriotische Haltung der deutschen Arbeiterschaft hat der Historiker Wolfgang Kruse 1993 in einer gründlichen Detailstudie nachgewiesen, dass in Deutschland das Protestpotential gegen den Krieg im Proletariat in den Augusttagen 1914 wesentlich grösser war, als in gängigen Historikerwerken dargestellt.<sup>2</sup> Doch hätte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) deshalb noch nach Verhängung des Belagerungszustandes bei Kriegsausbruch zur Massenaktion gegen den Krieg aufrufen sollen?

Rosa Luxemburg, bekanntlich eine konsequente Kriegsgegnerin, die einen psychischen Zusammenbruch erlitt, als sie im August 1914 von der Kriegskreditbewilligung der SPD-Reichstagsabgeordneten erfuhr, sah solch eine Möglichkeit nicht. In ihrer ‚Junius-Broschüre‘, geschrieben im Frühjahr 1915, hielt sie mögliche Aufrufe des SPD-Parteivorstandes zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten in der gegebenen Situation des Kriegsausbruchs und der ersten Kriegsmonate für verfehlt. Denn „[...] grosse Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteinstanzen inszeniert.“ Allerdings wäre es Aufgabe der sozialdemokratischen Führer gewesen, „*die politische Losung, die Klarheit über die politischen Aufga-*

---

<sup>1</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Juli 1914-Oktober 1917, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1958, S. 3.

<sup>2</sup> Wolfgang Kruse, *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993.

ben und Interessen des Proletariats im Kriege“ zu verkünden.<sup>3</sup> Konkret hätte sich, nach Luxemburgs Auffassung, die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte unter dem Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.<sup>4</sup>

### Der Liebknechtstreik am 28. Juni 1916<sup>5</sup>

Es vergingen fast zwei Kriegsjahre, ehe es Ende Juni 1916 aus der linkssozialistischen Minderheit der Arbeiterbewegung heraus zum ersten politischen Massenstreik in Deutschland kam. „Eine fast allgemeine Überraschung“<sup>6</sup> – so der Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Hugo Haase – stellte eine kurze Streikserie am 28., 29. und 30. Juni 1916 mit 55'000 bzw. zweimal je 10'000 Beteiligten an jedem Streiktag in jeweils unterschiedlichen Berliner Rüstungsbetrieben dar. Gleichzeitig kam es zu Protestdemonstrationen der Streikenden vor dem Kommandanturgericht gegen den Liebknecht-Prozess wegen dessen Organisation einer relativ kleinen Friedenskundgebung am 1. Mai 1916, auch zu kleineren Demonstrationen bzw. Arbeitsniederlegungen in Stuttgart, Bremen und Braunschweig. Mit diesen Sympathiestreiks für den als Kriegsgegner bekannten Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht kam es zur ersten Massenaktion der Arbeiterschaft gegen den Krieg. Während es noch drei Wochen vorher den Behörden gelungen war, die Streikregungen in den Betrieben der Berliner Metallindustrie zu unterdrücken,<sup>7</sup> hatte jetzt, Ende Juni, der Prozesstermin des beliebten Arbeiterführers und opferbereiten Friedenskämpfers den Katalysator für die Auslösung der politischen Massenaktion gegeben. Die linken Vertrauensleute im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), später als „Revolutionäre Obleute“ bekannt geworden, griffen die Proteststimmung auf und organisierten zusammen mit der Spartakusgruppe (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin) und der oppositionellen Berliner SPD-Organisation um den Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour die Friedensaktionen. Dieses Muster einer von der Basis kommenden proletarischen Massenbewegung gegen den Krieg, die von einer Koalition der gewerkschaftlichen Linken mit den beiden linkssozialistischen Parteigruppierungen aufgegriffen und in Handlung

<sup>3</sup> Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, 6. überarb. Aufl., Berlin 2000, S. 148-149. Hervorhebung im Original.

<sup>4</sup> Ibid., S. 135, 147.

<sup>5</sup> Zu Einzelheiten des Streiks, siehe: Ottokar Luban, Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks während des Ersten Weltkrieges, in: ders., *Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919*, Leipzig 2008, S. 132-137.

<sup>6</sup> Hugo Haase an den Reichstagsabgeordneten Alfred Gottschalk, 9. Juli 1916, in: Ernst Haase, *Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen*, Berlin [o. J.], S. 124.

<sup>7</sup> Polizeibericht vom 10. Juni 1916, in: Ingo Materna, Hans-Joachim Schreckenbach (Hg.), *Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin*, Bd. 4, Weimar 1987, S. 130.

gen umgesetzt wurde, sollte noch bei weiteren politischen Massenaktionen in der Kriegs- und Revolutionszeit eine grosse Rolle spielen.

Zunächst hatten jedoch bei weiteren Kriegsgerichtsterminen Liebknechts am 23. August und 4. November 1916 (Verurteilung zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus) erneute Streikaufrufe der Spartakusgruppe keinen Erfolg. Denn die SPD-Führung um Ebert und Scheidemann entfachte eine riesige Antistreikpropaganda in ihren Medien und in Extra-Flugblättern. Vor allem wirkten sich die scharfen Verfolgungsmassnahmen der Polizei- und Militärbehörden stark dämpfend auf die Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft aus. Eine grosse Zahl von direkt oder indirekt am Streik Beteiligten wurde strafweise zur Armee einberufen. 29 linke Politiker und Gewerkschafter kamen in ‚Schutzhaft‘, darunter am 8. Juli 1916 Rosa Luxemburg, die erst durch die Novemberrevolution 1918 befreit wurde, und am 12. August 1916 für vier Monate der siebzijährige Parteihistoriker Franz Mehring. Zum Ergebnis dieser scharfen Repressionen stellte die Berliner Politische Polizei zufrieden fest: „Die Angst vor Inhaftierung und dem bunten Rock [also der Einberufung, O. L.] gibt den radikalen Hetzern keine rechte Gefolgschaft.“<sup>8</sup>

### Der Aprilstreik 1917<sup>9</sup>

Im Herbst und Winter 1916/17 nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs schnell zu. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Varianten erhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch konnten meist nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren, beschafft werden.<sup>10</sup> Trotz dieser lang andauernden wirtschaftlichen Notlage kam lange Zeit keine Proteststimmung in der Arbeiterschaft auf, sondern es herrschten Fatalismus und Apathie vor. In der sich in den städtischen Gebieten Richtung Hungersnot entwickelnden Versorgungssituation wurde am Ausgang des langen, harten ‚Kohlrübenwinters‘ 1916/17 die Ankündigung einer Senkung der Brotration zum 15. April zum Auslöser für einen Massenstreik in Berlin und Leipzig mit einer wesentlich höheren Beteiligung als im Juni 1916. Zusätzliche Impulse für Aktionen mag die Februarrevolution in Russland geliefert haben.

Vom 16. bis 18. April 1917 streikten in Berlin über 200'000 Personen und bildeten teilweise Demonstrationzüge in Richtung Innenstadt. Da der redegewandte Anführer der Obleute Richard Müller zwei Tage vor Streikbeginn verhaftet worden war, beschränkten sich die Streikenden unter dem Einfluss der rechten Berliner Gewerkschaftsführer auf Forderungen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung. 25'000 setzten den Streik mit zusätzlichen politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen

<sup>8</sup> Polizeibericht vom 31. Juli 1916, in: *ibid.*, S. 145, S. 149 (Zitat).

<sup>9</sup> Zu Einzelheiten des Streiks siehe: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 137-144.

<sup>10</sup> Volker Ullrich, *Die nervöse Grossmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches 1871-1918*, Frankfurt a. M. 1997, 458-459.

fort. Gleichzeitig kam es zu Arbeitsniederlegungen in Leipzig mit der beachtlichen Zahl von 30'000 Beteiligten, wobei hier vom ersten Streiktag an politische Forderungen nach Demokratisierung und nach einer Erklärung der Regierung zur Friedensbereitschaft „unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion“ erhoben wurden, sowie zu Streiks in Magdeburg und Kiel mit jeweils 10'000 Personen, ausserdem zu kleinen Streiks in weiteren Städten.<sup>11</sup> Damit waren zum ersten Mal während des Krieges überregional Massenstreiks ausgebrochen, von denen einige einen eindeutigen politischen Charakter aufwiesen.

Träger der Berliner Massenaktion im April 1917 war erneut der Kreis der oppositionellen Obleute des DMV. Dieser Kreis von oppositionellen ehrenamtlichen Funktionären und Vertrauensleuten im Berliner Verband des DMV, die alle in den Fabriken tätig und dort fest verankert waren, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Sitzungen zusammen gefunden. Obwohl die Zusammensetzung im Laufe des Krieges durchaus etwas wechselte, war dies eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte.<sup>12</sup>

Die Streikbewegung war durch das Auftreten einer Reihe von Reichstagsabgeordneten der gerade im April 1917 neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in den Betrieben und durch eine umfangreiche Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe intensiv unterstützt worden. Dagegen distanzieren sich die Führungen von SPD und Gewerkschaften vom Streik und warnen mit Argumenten wie im Juli 1916 eindringlich vor neuen Aktionen, ebenso wie Feldmarschall Hindenburg und der Chef des Kriegsammtes General Groener in patriotischen Appellen an die Bevölkerung.<sup>13</sup> Gleichzeitig setzten wie nach dem Liebknechtstreik scharfe Repressionen der Militärbehörden ein: „[...] einige tausend Arbeiter [...] der vorseitig genannten [der weiterstreikenden] Werke [wurden] zum Heere eingezogen.“<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Landesarchiv Berlin [LArch Berlin], A Pr. Br., Rep. 030, Nr. 15839, Bl. 333. Zum gesamten Streikablauf: Richard Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges* [Reprint], Berlin 1974 [1924], S. 78-88; Willibald Gutsche (Hg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg, Januar 1915 bis Oktober 1917*, Bd. 2, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1970, S. 678-690 (unter überdimensionierter Hervorhebung der Spartakusgruppe); Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 293-296 (Leipzig und Berlin); Ralf Hoffrogge, *Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin 2008, S. 43-46; Kurt Schneider, *Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der Leipziger Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges*, Diss. phil. Karl-Marx-Universität Leipzig 1964, S. 192; Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 1, S. 612 (Zitat).

<sup>12</sup> Dirk H. Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918*, Berlin 1985, S. 265-307.

<sup>13</sup> Hermann Weber, Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven (Hg.), *Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914 – 1919, Köln 1985, S. 348-350 (Hindenburg und Groener).

<sup>14</sup> Polizeibericht vom 21. April 1917, in: I. Materna, Hans-J. Schreckenbach, *op. cit.*, S. 201.

## Der Munitionsarbeiterstreik im Januar/ Februar 1918<sup>15</sup>

Weder zum 1. Mai 1917 noch in den Folgemonaten gelang es den Linksozialisten, nochmals eine Massenstreikbewegung in Gang zu setzen. Die zur Strafe erteilten Einberufungen zum Heer und Verhaftungen vieler Aktivisten hatten erneut eine stark abschreckende und dämpfende Wirkung, ähnlich wie die permanenten Warnungen der Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaften vor Friedensaktionen der Arbeiterschaft. Selbst als nach der russischen Oktoberrevolution mit der Machtübernahme durch die Bolschewiki am 7. November in St. Petersburg ein Angebot über Frieden ohne Annexionen und Kontributionen der neuen russischen Regierung vom 8. November 1917 vorlag, hatte ein Aufruf der USPD zu Sympathiedemonstrationen nur einen sehr begrenzten Erfolg. Denn erst einmal erschien es der Bevölkerung so, als ob ein baldiger Friede in Aussicht stünde. Umso enttäuschender für die deutsche Öffentlichkeit war es, als sich ab Ende Dezember 1917 der Friedensschluss mit Russland wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte.

Jetzt traten Richard Müller und ein weiterer Obmann, Paul Blumenthal, Ende 1917 an den linken USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour sowie, getrennt davon, auch an den Spartakusführer Leo Jogiches heran, um zu beraten, wie man die zögerliche USPD-Reichstagsfraktion zu einem Streikaufruf bewegen könnte.<sup>16</sup> Nach langwierigen Beratungen beschloss der USPD-Parteivorstand zusammen mit dem Beirat und der Reichstagsfraktion in Anwesenheit der Betriebsobleute, mit den Namen aller USPD-Reichstagsabgeordneten als Unterzeichner im ganzen Reich einen Aufruf zu verbreiten, in dem die Arbeiterschaft zum Handeln aufgefordert wurde, ohne dass das Wort Streik erwähnt wurde.<sup>17</sup> Typisch für die Obleute war, dass sie hartnäckig und selbstbewusst bei den zunächst abblockenden USPD-Führern auf die Herausgabe eines Flugblattes der Partei zum Streik bestanden und sich dazu mit anderen Vertretern des linken Flügels (Ledebour, Jogiches) verbündeten. Denn die führenden Streikprotagonisten waren sich durchaus bewusst, dass ein Aufruf der USPD-Reichstagsfraktion – besonders überregional – eine besondere Wirkung haben würde, die durch bloße Mundpropaganda und eigene Flugblätter nicht erreicht werden konnte.

Der am 28. Januar 1918 in Berlin beginnende Massenstreik, wieder von den linken Betriebsobleuten organisiert, erfasste ca. 400'000 Personen, rückte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen in den Vordergrund und dauerte eine

---

<sup>15</sup> Zu Einzelheiten des Streiks siehe: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 144-157.

<sup>16</sup> Mündliche Befragung Paul Blumenthals durch den Verfasser am 14. September 1969. Nach Barth hatten R. Müller, Blumenthal und Paul Eckert seit November 1917 mit dem USPD-Vorstand wegen einer Massenaktion verhandelt. Nur die Reichstagsabgeordneten Ledebour und Herzfeld hätten positiv reagiert. (Emil Barth, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919, S. 22).

<sup>17</sup> Zum gesamten Streikverlauf: R. Müller, *op. cit.*, S. 100-111; Interner Spartakusstreikbericht, in: Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 131-136; Joachim Petzold (Hg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg, November 1917 bis November 1918*, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1970, S. 148-173; S. Miller, *op. cit.*, S. 371-381.

Woche. Es wurde ein Arbeiterrat mit dem Vorsitzenden Richard Müller und mehr als 400 Delegierten aus den Betrieben gebildet, sowie ein Aktionsausschuss als Streikleitung mit einer Arbeiterin, 10 Arbeitern (meist aus dem Kreis der Obleute) und je drei führenden Vertretern der USPD und SPD. Die Forderungen umfassten zuallererst einen Frieden ohne Eroberungen und Kriegsschädigungen, wobei Arbeitervertreter aller Länder zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten, dann die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung des Vereinsrechts sowie der Meinungsfreiheit in Presse und auf Versammlungen, Unterlassung von Eingriffen der Militärbehörde in gewerkschaftliche Angelegenheiten (keine Versammlungsverbote), Aufhebung der Militarisation der Betriebe, Freilassung der politischen Gefangenen und „Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland“, zunächst in Preussen durch Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und „Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen“.<sup>18</sup> Diese Forderungen, die vom Aktionsausschuss dem Reichskanzler vorgetragen werden sollten, zielten auf eine Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform und beinhalteten damit einen quasi revolutionären Charakter.

Die Militärbehörde ging sofort massiv gegen die Streikenden vor. Alle Versammlungen wurden verboten, so dass die Kommunikation zwischen Aktionsausschuss und Arbeiterrat stark beeinträchtigt wurde. Viele Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt. Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei an, mit umgekippten Strassenbahnwagen als Barrikaden und einem getöteten Polizisten. In anderen Städten und Regionen wie in München, Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg, Fürth kam es ebenfalls zu grösseren, meist nur dreitägigen, Arbeitsniederlegungen mit Forderungen nach Frieden und Demokratie, so dass der Streik insgesamt ca. eine dreiviertel Million Personen erfasste. Die Massenaktion, ursprünglich als dreitägiger Demonstrationsstreik gedacht, dehnte sich in Berlin auf fast eine Woche aus. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen nicht zustande, da die Regierung sich weigerte, Arbeiterräte zu empfangen. Die staatlichen Repressionen gegen die Streikenden übertrafen noch die nach den früheren Arbeitsniederlegungen. Viele Beteiligte wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt. „Fast alle revolutionären Obleute wurden zum Kriegsdienst eingezogen, dazu noch Tausende am Streik Beteiligte.“<sup>19</sup> So die Angabe des Streikführers Richard Müller, der erneut strafweise zur Armee musste und erst im September 1918 als Reichstagskandidat der USPD für eine

---

<sup>18</sup> Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 75.

<sup>19</sup> R. Müller, *op. cit.*, S. 111. Nach einem Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 15. Februar 1918 wurden in Berlin und den Vororten 3'500 streikende Arbeiter strafweise eingezogen, davon 35 wieder als Soldaten zur Arbeit in ihre alte Fabrik geschickt, also letztere nicht an die Front, sondern nur Soldatenstatus und Sold statt Lohn (Bundesarchiv Berlin (BArch), R 1501, Nr. 12255, Bl. 243). Dort auch die Aussage: „Die vom Streik betroffenen Firmen waren aufgefordert worden, die Namen der Streikhetzer anzugeben.“

zum 15. Oktober angesetzte Nachwahl nach Berlin zurückkam. Die Massenaktion wurde von einer massiven Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – acht Flugblätter mit einer Auflage von 25'000-100'000 – mit vorbereitet und begleitet, wobei die notwendige Finanzierung zu einem beträchtlichen Teil von linksbürgerlichen Pazifisten (Bund ‚Neues Vaterland‘) getragen wurde.<sup>20</sup>

Die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokratischen Partei (MSPD), wie die regierungsloyale SPD nach der Abspaltung der USPD im April 1917 oft genannt wurde, war in erster Linie auf Druck ihrer eigenen Betriebsvertrauensleute (also nicht der oppositionellen Obleute) erfolgt. Damit hätte eine breite Front für einen Verständigungsfrieden und die Demokratisierung des wilhelminischen Staates entstehen können, die zusammen mit den pazifistischen Geldgebern für die Flugschriften bis ins linksbürgerliche Lager gereicht hätte. Doch schnell zeigte sich die Halbherzigkeit der MSPD-Führung. In einer Stellungnahme führte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert am 15. Februar 1918 aus: Die Teilnahme an den Streikgremien sei erfolgt, weil die Mehrheitssozialdemokraten von ihren Anhängern im Arbeiterrat dazu gedrängt worden seien. „Uns kam es darauf an, den Streik baldigst zu einem geregelten Abschluss zu bringen, zumal er seinen Demonstrationzweck bereits erfüllt hatte.“<sup>21</sup> Inhaltlich bekannte sich Ebert zur Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts und zu einem Verständigungsfrieden mit Russland, doch im Gegensatz zu diesem Versprechen lehnte er zusammen mit seiner Fraktion den Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Reichstag nicht ab, sondern die MSPD enthielt sich der Stimme. Sehr deutlich – wenn auch leicht verlegen – distanzierte sich ebenfalls der MSPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann auf einem Treffen mit den bürgerlichen Parlamentskollegen im informellen Interfraktionellen Ausschuss am 5. Februar vom Munitionsarbeiterstreik: „Der Str[eik] sei ihm selbst auch leid.“<sup>22</sup> Die Mehrheitssozialdemokratie entschied sich für die Beibehaltung des Bündnisses mit den bürgerlichen Kräften.

Eine ganz andere Haltung zeigte – in einem Privatbrief vom 15. Februar 1918 – der USPD-Vorsitzende Hugo Haase, der zuvor die deutsche Arbeiterschaft eigentlich nicht zu einer solchen Aktion für fähig gehalten hatte:

„Der politische Streik [vom Januar/ Februar 1918, O. L.] ist das grösste Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, und er wird dadurch nicht verkleinert, dass er ohne greifbaren Erfolg abgeschlossen ist. Ein so starker Opfersinn und Idealismus ist sehr lange nicht zu beobachten

---

<sup>20</sup> Interner Spartakusstreikbericht, in: Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 136 (Die Spartakusführung hatte ausserdem für die USPD den Druck einer Flugschrift übernommen); Ottokar Luban, Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Linkssozialisten und bürgerlichen Pazifisten, in: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 286-305.

<sup>21</sup> Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 116, 117 (Zitat).

<sup>22</sup> Erich Matthias (Hg.), *Der Interfraktionelle Ausschuss. 1917/18*, Bd. 2, Düsseldorf 1959, S. 197.

gewesen. Nie ging in Deutschland eine Massenbewegung unter so schwierigen Umständen vor sich wie diese.“<sup>23</sup>

### Von der Flaute der Massenbewegung bis zum erfolgreichen revolutionären Massenstreik im November 1918<sup>24</sup>

Auf Grund der besonders grossen Zahl von Einberufungen und Verhaftungen waren die revolutionären Kräfte (Obleute, USPD, Spartakusgruppe) nach dem Januarstreik 1918 monatelang erheblich geschwächt. Erst im Laufe des Frühsommers gelang es Richard Müllers Nachfolger Richard Barth, zusammen mit den bald hinzukommenden USPD-Politikern Ernst Däumig, dem amtierenden Parteisekretär, und dem schon bei früheren Aktionen sich in vorderster Front engagierenden Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour, langsam das Netzwerk der revolutionären Obleute in Berlin und zu anderen Regionen wieder neu zu knüpfen und langfristig die nächste Massenaktion zu planen, diesmal nicht nur als politischen Massenstreik, sondern als eine von den Arbeitermassen getragene bewaffnete revolutionäre Erhebung zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Die Bewaffnung sollte in erster Linie für die Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei dienen, möglichst schon mit abschreckender Wirkung, und den streikenden und demonstrierenden Arbeitern das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber der Polizei nehmen, die sie oft genug bei früheren Aktionen erfahren hatten. Bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man auf ein Überlaufen zu den Demonstranten. Diese Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Massenaufstandes angesehen. Der Aufstandsplan sah Demonstrationen von den Betrieben in den Berliner Vororten in die Innenstadt vor, die alle von bewaffneten Arbeitern angeführt werden sollten, mit anschliessender Besetzung aller wichtiger Regierungsgebäude.<sup>25</sup> Als Termin für die revolutionäre Massenaktion hatten die Aufstandsplaner eigentlich den Januar 1919 ins Auge gefasst.<sup>26</sup>

Es sieht so aus, als ob die bekannte Finanzierung der Waffenkäufe durch die russischen Botschaft erst im Oktober 1918 erfolgte.<sup>27</sup> Denn ein erster intensiverer Kontakt der Obleute zu Vertretern der Bolschewiki ist höchstwahrscheinlich nicht früher als Mitte September 1918 zustande gekommen. Der bolschewistische Reprä-

<sup>23</sup> Hugo Haase an Elsa Haase, 10. Februar 1918, in: E. Haase, *op. cit.*, S. 157-158.

<sup>24</sup> Zu Einzelheiten der Periode vom März bis November 1918 siehe: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 157-171.

<sup>25</sup> E. Barth, *op. cit.*, S. 32-33.

<sup>26</sup> Das erfuhr der nach Holland desertierte Wilhelm Pieck bei einem illegalen Besuch in Berlin Mitte September 1918 von den Revolutionsplanern. Siehe: Jean-Claude Montant, *La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. Exemple de quelques neutres européennes*, Université Paris I Panthéon-Sorbonne, thèse pour le doctorat de l'état, Juin 1988, S. 1489.

<sup>27</sup> Vgl.: «Joffe gegen Barth und Haase», in: *Freiheit*, Jg. 1, Nr. 63, 19. Dezember 1918 (Morgenausgabe); Äusserungen Barths am 9. Dezember 1918 auf der Sitzung des Rats der Volksbeauftragten, in: Erich Matthias, Susanne Miller, Heinrich Potthoff (Hg.), *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*, Bd. 1, Düsseldorf 1989, S. 301-302.



sentant Piotr Stutschka besuchte nach einer parteiinternen USPD-Konferenz am 11. und 12. September 1918 auch eine Sitzung der revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth und hatte sich dort „bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz“.<sup>28</sup> Lenin hatte seit dem Eingeständnis der deutschen Niederlage durch die Oberste Heeresleitung (OHL) Ende September 1918 auf eine Revolution in Deutschland gesetzt und den Botschafter Joffe erneut dringend zur Unterstützung der deutschen Linken – auch finanzieller Art – aufgefordert.<sup>29</sup> Konkret wurde das Thema der Finanzierung von Waffen für die deutschen Revolutionäre von Joffe lediglich in persönlichen Briefen an Lenin vom 13. und 19. Oktober 1918 angesprochen, wobei er sich über den zu langsamen Fortgang der Bewaffnung aus technisch-organisatorischen Gründen und die Schwäche der Spartakusgruppe beklagte.<sup>30</sup>

Die Spartakusgruppe hatte bei den Massenaktionen vom Juni 1916, April 1917 und vom Januar, Februar 1918 mit den Obleuten kooperiert und mit einer massiven Flugblattagitatio die Streiks vorbereitet und begleitet. Doch Ende März 1918 wurde der fähige Spartakusführer Jogiches zusammen mit seiner Helfertuppe verhaftet, im August sein Nachfolger Karl Schulz, jeweils mit weiteren aktiven Anhängern. Nunmehr brach die Leitung der Obleute die Zusammenarbeit mit der Spartakusgruppe ab,<sup>31</sup> weil für die Obleute die Spitzelgefahr augenscheinlich zu gross zu sein schien. Erst nach der Rückkehr Liebknechts aus dem Zuchthaus am 23. Oktober nahmen Vertreter der Spartakusgruppe wieder an den Sitzungen der revolutionären Obleute teil, wie bereits seit Sommer 1918 die USPD-Politiker Däumig und Ledebour sowie ab Ende Oktober auch die USPD-Parteileitung. Nicht früher als gut zwei Wochen vor dem 9. November waren die in den vorangegangenen politischen Massenstreiks zusammen arbeitenden Kräfte des linken Lagers bei der Vorbereitung einer revolutionären Massenaktion vereint.

Doch die Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft war Ende Oktober, Anfang November für die revolutionären Politiker schwer einzuschätzen und eher negativ zu bewerten, was in der Geschichtsschreibung meist vergessen wird. Der sowjetische Botschafter Joffe, der im dauernden Kontakt mit der Führung der Spartakusgruppe, der USPD und (ab Ende September) den revolutionären Obleuten stand, sah bis Ende Oktober keine Revolutionsbereitschaft in Deutschland. So konnte Joffe in seinem Schreiben an Lenin vom 13. Oktober 1918 kein Anwachsen der revolutionären Stimmung erkennen und hielt Lenins Revolutionshoffnungen entgegen: „Sie

---

<sup>28</sup> «Die deutschen unabhängigen Revolutionäre», in: *Pravda*, Nr. 255, 24. November 1918 (mit Zitat).

<sup>29</sup> Alexander Vatlin, «Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die aussenpolitische Wende der Bolschewiki», in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2007, S. 311-331, hier insbesondere: S. 325-326.

<sup>30</sup> Zitat in: *ibid.*, S. 195. Original in: Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte] (RGASPI), Moskau, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 40 Rückseite (nicht 41 wie bei Vatlin angegeben), Bl. 49.

<sup>31</sup> So die Information, die Pieck Mitte September 1918 bei seinem illegalen Aufenthalt in Berlin von den leitenden Obleuten erhielt. Siehe: Jean-C. Montant, *op. cit.*, S. 1489.

überschätzen zweifellos die Nähe der deutschen Revolution.“<sup>32</sup> Noch am 28. Oktober 1918 wiederholte er seine pessimistische Erwartung: „Je mehr ich die Ereignisse hier betrachte, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist.“<sup>33</sup>

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam der zur Spartakusführung zählende Hermann Duncker auf Grund seiner enttäuschenden Erfahrungen mit der mangelnden Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft, so als er in Briefen an seine Tochter das Zurückweichen der Demonstranten vor der Polizei auf den Strassen im Berliner Zentrum am 23. Oktober beim Empfang Liebknechts beklagte oder als er am 5. November, als die revolutionäre Welle schon die Küstenstädte zu erfassen begann, seiner Enttäuschung über das Stillhalten des Berliner Proletariats Luft verschaffte: „Und was werden die Berliner tun? – Nichts! – Es kann einen Hund jammern.“<sup>34</sup>

Die revolutionären Obleute, alle als Betriebsvertrauensleute in der Arbeiterschaft verankert und damit in genauer Kenntnis der Massenstimmung, lehnten noch am 2. November die revolutionäre Erhebung für den 4. November ab, weil sie dafür keine Stimmung in den Berliner Betrieben sahen, und setzten den 11. November als Aufstandstermin fest.<sup>35</sup> Von der Leitung der revolutionären Obleute wurden nach dem 2. November Boten mit diesem Termin in die Provinz geschickt. Die meisten kamen mit der Nachricht zurück, dass keine Stimmung für eine revolutionäre Erhebung vorhanden sei.<sup>36</sup> Gleichzeitig mussten die revolutionären Linken in Berlin erleben, dass auch unter der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden in Berlin Polizei und Militär ihre Macht zur Unterdrückung von Massenaktionen noch ungebrochen ausüben konnten, obwohl sich bereits die revolutionäre Welle von den Küstenstädten auf das Innere des Deutschen Reiches ausgedehnt hatte. Versammlungen der USPD in Berlin am 7. November wurden verboten, die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen Berlins zu den übrigen Teilen Deutschlands unterbrochen. Revolutionäre Matrosen, die in den meisten Städten als Katalysatoren der revolutionären Bewegung wirkten, konnten nicht nach Berlin durchdringen bzw. sie wurden frühzeitig abgefangen und inhaftiert. Militär besetzte die Betriebe und alle strategisch wichtigen Punkte in der Stadt. Die Verhaftung des zu den Revolutionären gestossenen Leutnant Walz am 3. November und des Strategen der Revolutionäre Ernst Däumig am 8. November, der einen Aufstandsplan mit sich führte, hätten ebenfalls abschreckend auf die Revolutionäre wirken können. Die gesamten Medien, voran jene der Mehr-

---

<sup>32</sup> RGASPI, f. 5, op.1, d. 2134, Bl. 40, Bl. 41; Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Archiv des Aussenministeriums der Russischen Föderation] (AVPRF), Moskau, f. 04, m. 70, d. 990, Bl. 94-95.

<sup>33</sup> Ibid.

<sup>34</sup> BArch Berlin, NY 4445 (Nachlass Hermann und Käte Duncker), Nr. 155, Bl. 303, o. D., Bl. 306, 5. November 1918.

<sup>35</sup> Tagebuchartige Aufzeichnungen Karl Liebknechts, in: Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 9, Berlin 1968, S. 582.

<sup>36</sup> BArch Berlin, NY 4017 (Nachlass Martha Arendsee), Nr. 11, Bl. 126.

heitssozialdemokratie (mehrere Sonderausgaben des SPD-Organs ‚Vorwärts‘ bis zum Morgen des 9. November), versuchten die revolutionäre Stimmung in den Berliner Fabriken zu dämpfen und die Arbeiterschaft von einer Massenaktion abzuhalten. Das Bestreben aller politischen Lager in der Regierung Max von Baden, einschliesslich der MSPD, richtete sich auf ein Fernhalten der Revolution von Berlin bei erhofftem Abebben der revolutionären Erhebungen in der Provinz und damit auf die Machterhaltung für die bestehende Reichregierung und die sie tragenden Parteien.<sup>37</sup>

Doch als sich am 8. November die Nachricht einer Festnahme des Revolutionsstrategen Ernst Däumig und – fälschlicherweise – anderer Revolutionsführer wie Richard Müller und Karl Liebknecht durch die Reichshauptstadt verbreitete, mussten die Obleute mit einer Verhaftungswelle rechnen, so dass ihr Anführer Emil Barth sowie – getrennt von ihm – Karl Liebknecht und andere, improvisiert und abweichend vom eigentlichen Aufstandstermin 11. November, den Aufruf zum Aufstand am 9. November herausgaben. Von zentraler Bedeutung war nun die planmässige Vorbereitung des Aufstandes durch die revolutionären Obleute, insbesondere die Bewaffnung. Diese stärkte zum einen das Selbstbewusstsein der Aufständischen gegenüber der am 8. November und am Morgen des 9. in den Berliner Strassen noch deutlich sichtbaren Machtpräsenz des alten Regimes. Zum anderen folgte die Massenaktion nach der Ausgabe der Parole zum Losschlagen zunächst einem gewissen Plan. Die aus den Fabriken in die Innenstadt ziehenden Demonstrationzüge konnten die Soldaten in den Kasernen zum Anschluss an die Aufständischen bewegen. Einige öffentliche Gebäude – allerdings wohl nicht genug – wie das wichtige Polizeipräsidium wurden von den Revolutionären übernommen, einige Regierungsbauten erst gegen Abend. Doch schon am späten Vormittag des 9. November war klar: Die Regierung Max von Baden konnte sich nicht halten. Die alten Mächte dankten unter dem Eindruck der eindrucksvollen Massenbewegung für Frieden und Demokratie ab. Die Arbeiterparteien MSPD und USPD konnten die Regierungsgewalt übernehmen. Es war die oppositionelle linke Basisbewegung in den Betrieben mit ihren Vertrauensleuten, den späteren „Revolutionären Obleuten“, die zusammen mit den linken Kräften in der USPD einschliesslich der Spartakusgruppe massgeblichen Anteil an dieser letztendlich erfolgreichen revolutionären Entwicklung in Berlin hatte.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Ottokar Luban, «Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes», in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 1 (2009), S. 54-60.

<sup>38</sup> O. Luban 2009, *op. cit.*, S. 70-74.

**Ottokar Luban:** geb. 1937 in Berlin, Studium unter anderem der Geschichte, der Politischen Wissenschaften, Pädagogik, Psychologie. Schulische Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher an der Pädagogischen Hochschule und der Freien Universität in Berlin (West), Lehrer in Berlin (West) seit 1960, unterdessen pensioniert. Ehrenamtlicher Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Publikationen (Auswahl): *Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919* (Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008); „Die politischen Massenstreiks in den letzten Weltkriegsjahren und die Haltung der Freien Gewerkschaften“, in: Karl Christian Führer, Jürgen Mittag, Axel Schildt, Klaus Tenfelde (Hg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920* (Klartext-Verlag, Essen 2013); Mitherausgeber (zusammen mit Narihiko Ito und Annelies Laschitza) von *Rosa Luxemburg: Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes* (Dietz, Berlin 2010).

Kontakt: oluban@gmx.de